

Steuerungsinstrumente aber nicht hinreichend funktionstüchtig sind, wird Beijing in der Durchsetzung nationaler Wirtschaftspolitik weiterhin auf seine Personalhoheit und Organisationsgewalt gegenüber den regionalen Führungen setzen müssen. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(10)

Chinas Wissenschaft erfährt zunehmende internationale Anerkennung

Die jüngste Statistik über naturwissenschaftliche und technische Arbeiten aus China, die international wahrgenommen und zitiert werden, hat ergeben, daß Wissenschaftler der VR China im Jahre 1994 insgesamt 24.584 Arbeiten in internationalen Fachzeitschriften oder auf internationalen Konferenzen veröffentlicht haben. Damit hat China (ohne Taiwan) in dieser Hinsicht weltweit den zehnten Platz erreicht. Ein Jahr zuvor nahm China noch den zwölften Platz in der Welt ein. Die neun vor der VR China stehenden Länder sind die USA, Großbritannien, Japan, Deutschland, Frankreich, Kanada, Italien, Rußland und die Niederlande. Die Zahlen wurden von seiten der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik bekanntgegeben. Sie basieren auf Angaben dreier wissenschaftlicher Werke aus den USA: dem *Science Citation Index*, dem *Engineering Index* und dem *Index to Scientific and Technological Proceedings*. Unter den international veröffentlichten Arbeiten liegen diejenigen der Hochschulen vorn. Seit einigen Jahren beträgt ihr Anteil über 60 Prozent aller Arbeiten aus China, mit steigender Tendenz. 1994 nahmen Arbeiten von Hochschulwissenschaftlern 63,7 Prozent ein. Hierbei lag die Universität Nanjing mit über 300 Arbeiten an der Spitze. (RMRB, 22.12.95) Neben ihr zählten die Beijing-Universität, die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik, die Universität Lanzhou, die Fudan-Universität, die Qinghua-Universität, die Universität Jilin, die Universität Wuhan, die Nankai-Universität und die Universität Shandong zu den zehn in dieser Hinsicht führenden Einrichtungen. Im nichtuniversitären Forschungsbereich kamen die meisten international publizierten Arbeiten aus 19 Forschungsinstituten der Chinesischen Akademie

der Wissenschaften und aus der Chinesischen Akademie für Kernenergie. Gliedert nach Regionen, kommen die meisten wissenschaftlichen Arbeiten aus Beijing und Shanghai sowie den Provinzen Jiangsu, Liaoning, Jilin und Hubei. Die Mehrzahl der im Ausland veröffentlichten und zitierten Arbeiten betreffen die Physik, Chemie, Medizin und Biologie. (XNA, 22.12.95)

China hat den Ehrgeiz, im 21. Jh. zu den führenden Wissenschaftsnationen der Welt zu gehören. Deshalb unternimmt es große Anstrengungen, die Wissenschaft zu fördern und auf internationales Niveau zu bringen. Zu diesem Zweck hat die Regierung in den letzten Jahren die Investitionen in den Wissenschaftsbereich kontinuierlich erhöht. Die Mittel stehen allerdings nicht mehr generell zur Verfügung, sondern werden über Wissenschaftsstiftungen nach dem Auswahlprinzip gezielt für wichtige und hervorragende Projekte der Grundlagen- und High-Tech-Forschung eingesetzt. Der Wettbewerb um staatliche Förderung hat zweifellos dazu beigetragen, die Qualität der Forschung zu erhöhen. -st-

*(11)

Chinas offizielle Sicht seiner Nationalitätenpolitik

Kürzlich hat der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Nationalitätenkommission Jiang Jiafu in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua die chinesische Nationalitätenpolitik gerühmt. Während in vielen Ländern Nationalitätenkonflikte herrschten, sei es China dank seiner Politik der Gleichheit aller Nationalitäten gelungen, die Einheit unter den Nationalitäten und politische Stabilität seit Jahrzehnten aufrechtzuerhalten. China sei ein Land mit 56 Nationalitäten, doch die "nationale Eintracht" habe allen Herausforderungen der Geschichte standgehalten, und auch in Zukunft werde es in dieser Hinsicht keine größeren Probleme geben, erklärte er. Die großen Veränderungen, die sich international und innerhalb Chinas vollzogen hätten, änderten nichts an der Tatsache, daß in China alle Nationalitäten in Harmonie lebten und die Bürden gemeinsam trügen. Das Schlagwort von der Gleichberechtigung der Nationalitäten werde in vielen Ländern propagiert, doch existiere dort immer noch viel Ungleichheit. China hingegen habe die Gleichheit der Nationalitäten nicht nur gesetzlich festgeschrieben, sondern

auch dafür gesorgt, den verschiedenen Nationalitäten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gleiche Rechte zu sichern. Seit Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 habe die Regierung alle diskriminierenden oder beleidigenden Namen verbannt, die die Han-Chinesen aufgrund historischer Überlieferung für die Minderheiten verwendeten.

Das Recht der Minderheiten auf Partizipation in Staat und Gesellschaft werde wirksam geschützt. So seien die Minderheiten z.B. im Nationalen Volkskongreß, der höchsten Staatsmacht, mit 14,68 Prozent der Abgeordneten vertreten, obgleich die Minderheiten insgesamt nur 8,04 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Durch das System der regionalen Autonomie sei den ethnischen Minderheiten das Recht zugesichert, ihre Angelegenheiten je nach ihren Besonderheiten selbst zu bestimmen. Gesetzesübertretungen im Hinblick auf die Interessen der Nationalitäten würden ebenso bestraft wie mangelnder Respekt vor ihrem Brauchtum und ihrer Religion.

Ausführlich ging der Vizeminister auf die Transferleistungen der Zentralregierung an die Nationalitäten und auf die Bemühungen der Zentralregierung zur Bewahrung der Nationalitätenkulturen ein. Die Regierung habe ein Hilfsprogramm für die Gebiete der nationalen Minderheiten angenommen und fördere deren wirtschaftliche Entwicklung, um die Lebensverhältnisse denen der Han-Chinesen anzugleichen. Die meisten Nationalitäten lebten in den mittel- und westchinesischen Teilen des Landes, die aus historischen und geographischen Gründen im Verhältnis zu den Küstenregionen des Ostens ärmer seien. Zur Förderung der Wirtschaft in den Minderheitengebieten würden z.B. bestimmte Privilegien und finanzielle Subventionen gewährt. Darüber hinaus würden aus dem Osten technische Hilfe und Fachpersonal geschickt. In den vergangenen vierzig Jahren hätten allein die Subventionen der Zentralregierung ein Volumen von 100 Mrd. Yuan erreicht. Auch sei China entschlossen, in diesen Regionen mehr zu investieren als die chinesische Wirtschaftskraft wachse. Durch diese Unterstützungsmaßnahmen hätten sich die Wirtschaft ebenso wie der Lebensstandard der örtlichen Bevölkerung merklich verbessert. In den vergangenen vier Jahren habe das Wirtschaftswachstum in den Minderheitengebieten jährlich um 11 Prozent zugenommen; das sei das höchste Wirt-

schaftswachstum, das es in diesen Gebieten je gegeben habe. Auch habe sich mittlerweile das durchschnittliche Jahreseinkommen der städtischen und ländlichen Bewohner weiter an das Niveau im Osten des Landes angeglichen: Das der Stadtbewohner habe 1994 2.700 Yuan betragen, und das der Landbewohner habe seit 1991 um 57,8 Prozent zugenommen.

Was die Bewahrung der traditionellen Kulturen und die Respektierung der gesellschaftlichen und religiösen Konventionen der Nationalitäten betreffe, so seien für diese Zwecke in den vergangenen Jahren besondere Organe gegründet und Milliarden von Yuan investiert worden, um die religiösen Einrichtungen der Minderheiten wiederaufzubauen. Im Jahre 1984 beispielsweise sei eine Arbeitsgruppe zum Sammeln alter Texte der verschiedenen Ethnien eingerichtet worden, die Zweigstellen in 22 Provinzen und autonomen Regionen unterhalte und bisher 2.000 seltene Schriften veröffentlicht habe.

Der Vizeminister gab zu, daß es auch einige Probleme gebe. So komme es an einigen Orten vor, daß nationales Brauchtum nicht gewürdigt und die Interessen der Minderheiten verletzt würden. Grenzstreitigkeiten und Streit über Ressourcen beeinträchtigten die Einheit der Nationalitäten, und einige Minderheitengruppen entfalteten separatistische Aktivitäten mit Hilfe antichinesischer Kräfte aus dem Ausland, um das Land zu spalten. China werde sich auf die Gesetze und Erziehungsmaßnahmen verlassen, um die Widersprüche im Innern zu lösen. Separatistische Aktivitäten jedoch würden streng auf der Grundlage des Gesetzes geahndet. Die gegenwärtige Politik und die Gesetze würden weiter verbessert, Gleichheit und Einigkeit weiter intensiviert; deshalb würde es in dieser Hinsicht keine größeren Probleme geben. (XNA, 5.12.95)

Die in diesem Interview dargelegten Ansichten spiegeln die offizielle Sicht wider, die nur teilweise mit der Realität übereinstimmt. Es steht gewiß außer Frage, daß die von nichtchinesischen Ethnien bewohnten Regionen Chinas von den Wirtschaftsreformen profitiert haben und sich der Lebensstandard in diesen Gebieten erhöht hat. Auch durch die gesellschaftlichen Reformen wurden zuvor bestehende Restriktionen gelockert, insbesondere auf kulturellem Gebiet. So wird den Minderheitensprachen größerer Raum gewährt, und die Reli-

gionsausübung wird nicht behindert, sofern es sich um "normale religiöse Aktivitäten" handelt. Wie diese definiert werden, wird freilich von der chinesischen Führung bestimmt, wie überhaupt in der gesamten Nationalitätenpolitik nach den Bedingungen der Chinesen entschieden wird. China sieht sich - nicht unähnlich früheren Kolonialvölkern - als Wohltäter, der seinen Untertanen Vergünstigungen zukommen läßt und die materiellen Lebensumstände der Unterentwickelten verbessert. Daß diese über ihr Schicksal selbst entscheiden wollen, daß sie über ihre Ressourcen selbst verfügen wollen, wird von seiten Chinas weitgehend ignoriert. Wenn in dem Interview ein relativ hoher Prozentsatz ethnischer Vertreter im NVK genannt wird, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß in dem eigentlichen politischen Entscheidungsgremium, nämlich dem Politbüro, kein Nationalitätenvertreter Mitglied ist. Dies relativiert die Aussage bezüglich der Partizipation der Minderheiten.

Das Verhältnis zwischen China und seinen Minderheiten ist nur insoweit gut, als letztere sich den Bedingungen der Chinesen unterwerfen und China gegenüber loyal sind. Sobald die Minderheiten jedoch größere Autonomie verlangen, zumal hinsichtlich ihrer Religionsausübung, und sobald sich in solchen Fällen Religion und Politik vermischen, werden Konflikte unvermeidlich, wie die Beispiele Tibet und Xinjiang zeigen. Die Frage ist, wie lange es sich China erlauben kann, hier mit harter Hand durchzugreifen, ohne daß dadurch sein Verhältnis zu den Minderheiten insgesamt Schaden nimmt. -st-

*(12)

Bestimmungen über die Qualifikation von Lehrern

Am 12. Dezember 1995 hat der Staatsrat erstmalig Bestimmungen über die Qualifikation von Lehrern (*Jiaoshi zige tiaoli*) verkündet; sie wurden am 20.12.95 in der *Volkszeitung* veröffentlicht und sind mit dem Tag der Verkündung in Kraft getreten. Die Bestimmungen umfassen 22 Artikel und stellen eine Ergänzung zu dem am 31. Oktober 1993 erlassenen Lehrgesetz dar (vgl. dazu C.a., 1993/10, Ü 19 und 1993/11, Ü 12). Während das Lehrgesetz dazu dienen sollte, den gesellschaftlichen Status der Lehrer anzuheben und insbesondere ihre materielle Stellung abzusichern, geht es in den neuen Bestimmungen um die Klassifizierung der

Lehrer und die für jeden Schultyp erforderlichen Qualifikationen. Ihr Zweck ist die Anhebung der Qualität der Lehrer.

Jeder Bürger, der als Lehrer tätig ist, so heißt es in Art. 2, muß laut Gesetz die Qualifikation als Lehrer erworben haben. In Art. 4 wird die Klassifizierung für Lehrer aller Schultypen aufgelistet. Danach gibt es folgende Qualifikationen: 1. für Kindergartenlehrer, 2. für Grundschullehrer, 3. für Mittelschullehrer der Mittelschulunterstufe (Sekundarstufe I), einschließlich Lehrern für allgemeinbildenden und Fachunterricht an unteren Berufsschulen, 4. für Mittelschullehrer der Mittelschuloberstufe (Sekundarstufe II), 5. für Lehrer an beruflichen Mittelschulen, einschließlich Lehrern an Fachmittelschulen und Technischen Schulen sowie Lehrern für allgemeinbildenden und Fachunterricht an Berufsschulen der Sekundarstufe II, 6. Lehrer zur Anleitung von Praktikanten an Fachmittelschulen, Technischen Schulen und Berufsschulen der Sekundarstufe II, 7. Lehrer an Hochschulen. Für Lehrer im Rahmen der Erwachsenenbildung ist die Qualifikation für die jeweilige Schulstufe erforderlich.

Art. 5 legt fest, daß alle Bürger, die die Qualifikation für den Lehrerberuf erworben haben, auf der Schulstufe, für die sie die Qualifikation haben, und auf jedem darunter liegenden Schultyp tätig sein können. Lediglich die Anleiter für Praktikanten an Berufsmittelschulen dürfen nur an den unter Punkt 6 erwähnten Schultypen oder an unteren Berufsschulen arbeiten. Ferner heißt es in diesem Artikel, daß Lehrer für die Mittelschuloberstufe und für Berufsschulen der Sekundarstufe II austauschbar sind. Diese Besonderheit, daß Mittelschullehrer für allgemeinbildende Fächer auch Berufsunterricht auf der gleichen Schulstufe geben können, erklärt sich daraus, daß in den achtziger Jahren ein Großteil der allgemeinbildenden in berufliche Mittelschulen umgewandelt wurde und der Mangel an Berufsschullehrern durch Lehrer für allgemeinbildende Fächer ausgeglichen werden mußte.

Art. 6 und 7 legen fest, daß alle als Lehrer Beschäftigten die Lehrbefähigung haben und entsprechende Ausbildungsgänge durchlaufen haben müssen. Im einzelnen wird dazu auf das Lehrgesetz, Art. 11 verwiesen. Dort waren für die Qualifikation von Lehrern folgende Studiengänge vorgesehen:

- für Kindergartenlehrerinnen mindestens der Abschluß einer (Fach-) Schule für Kindergartenlehrerinnen
- für Grundschullehrer mindestens der Abschluß einer pädagogischen Mittelschule
- für Lehrer der Unterstufe allgemeinbildender und beruflicher Mittelschulen, und zwar sowohl für allgemeinbildenden als auch für Fachunterricht, mindestens der Abschluß einer Spezialisierten Pädagogischen Hochschule bzw. eines Fachstudiums an einer anderen Hochschule
- für Lehrer der Oberstufe an allgemeinbildenden Mittelschulen, Fachmittelschulen, Technischen Schulen und Berufsmittelschulen, und zwar sowohl für allgemeinbildenden als auch für Fachunterricht, mindestens der Abschluß eines Grundstudiums an einer Pädagogischen Universität oder an einer anderen Universität
- für Hochschullehrer der Abschluß eines Postgraduierten- oder Grundstudiums an einer Universität
- für Lehrer in der Erwachsenenbildung je nach Schultyp mindestens der Abschluß eines Hochschul- oder Mittelschulstudiums.

Ergänzend hierzu wird in Art. 7 der Bestimmungen über die Qualifikation von Lehrern festgesetzt, daß Ausbilder an beruflichen Mittelschulen mindestens die einem Assistenzingenieur entsprechende fachlich-technische Position innehaben müssen oder mindestens den technischen Rang eines Arbeiters der mittleren Rangstufe.

Wer keine dieser Qualifikationen vorweisen kann, jedoch eine solche erwerben möchte, muß eine entsprechende staatliche Prüfung ablegen, so wiederholt Art. 8 der Bestimmungen die bereits im Lehrgesetz (Art. 11, letzter Abs.) erhobene gleiche Forderung. Diese ist insofern notwendig, als aufgrund des Lehrermangels eine große Anzahl von Lehrern tätig ist, die über keinen formalen Ausbildungsgang verfügt. Seit mehreren Jahren werden i.d.R. nur noch Lehrer mit der erforderlichen formalen Qualifikation eingestellt, und alle Regierungen bemühen sich, Lehrer, die ohne eine solche Qualifikation unterrichten, die Prüfungen nachholen zu lassen. Art. 16 der Bestimmungen erklärt die Modalitäten: Alle diese Lehrer werden geprüft, und zwar in bezug auf ihre pädagogischen Fähigkeiten. Dann wird von Fall zu Fall entschieden, ob der betr. Lehrer noch eine pädagogische oder psychologische Zusatzausbildung absolvieren muß. Auf diese Weise er-

halten gute Lehrer mit langer Berufserfahrung die Chance, weiter zu unterrichten.

Art. 9 befaßt sich mit den Zuständigkeiten für die Lehrerprüfungen. Mit Ausnahme der Prüfungen für den Hochschuldienst, für die die Zentralregierung bzw. die Provinzregierungen verantwortlich sind, werden die Prüfungen für alle anderen Lehrer von den Behörden oberhalb der Kreisebene durchgeführt. Im übrigen werden angehende Hochschullehrer nur nach Bedarf geprüft (Art. 11).

Mit dem Erlaß dieser Bestimmungen ist nicht nur ein weiterer Schritt zur Festigung der Stellung der Lehrer getan, sondern auch ein wichtiges Anliegen der Bildungsreform realisiert. Wenn das Bildungswesen der entscheidende Faktor für den Erfolg der Modernisierungspolitik ist - und diese Ansicht setzt sich in der politischen Führung immer mehr durch -, dann muß auch gesehen werden, daß das gesamte Bildungswesen seinerseits von der Qualität der Lehrer abhängt. Das allgemein unzureichende Niveau der Lehrer in China hängt eng mit deren niedrigem Ansehen in der Gesellschaft zusammen (vgl. dazu C.a., 1993/10, Ü 19). Höhere Gehälter und die Schaffung besserer Lebensumstände sind dringend erforderlich, damit auch qualifizierte Kräfte den Lehrerberuf erwählen und den Schuldienst dann nicht verlassen.

Ein Vertreter der Staatlichen Bildungskommission betonte denn auch, daß die "Bestimmungen über die Qualifikation von Lehrern" in erster Linie dazu dienen, die Qualität der Lehrer anzuheben. Dabei nannte er zur Illustration des unzureichenden Niveaus der Lehrerschaft folgende Zahlen: 13% der Grundschullehrer, 36% der Mittelschullehrer für die Sekundarstufe I und 40% derjenigen für die Sekundarstufe II sowie 8% der Hochschullehrer verfügen nicht über die im Lehrgesetz geforderte Qualifikation (RMRB, 27.12.95, S.5). Des weiteren wird von den neuen Bestimmungen erwartet, daß sich hervorragende Fachleute außerhalb des Bildungswesens für den Schuldienst bewerben, daß also neben den Absolventen Pädagogischer Mittel- und Hochschulen auch Fachleute anderer Berufe nach Erwerb der Qualifikation für den Lehrerberuf in den Schuldienst übernommen werden (ebd.). Dies dürfte hauptsächlich für Lehrkräfte im Bereich der beruflichen Bildung gelten.

Wie der Vertreter der Bildungskommission weiter erläuterte, sind jetzt drei Schritte für die Verwirklichung des Systems der Lehrerqualifikation notwendig. Erstens muß gemäß den von der Staatlichen Bildungskommission erlassenen "Übergangsmodalitäten zur Feststellung der Qualifikation der Lehrer" die Qualifikation der im Schuldienst tätigen Lehrer überprüft werden. Auf dieser Grundlage können dann entsprechend den "Bestimmungen über die Qualifikation von Lehrern" geeignete Fachleute von außen rekrutiert werden. Drittens wären Prüfungsmodalitäten festzulegen, nach denen die Prüfungen zur Feststellung der Qualifikation der Lehrer durchgeführt werden können. Dem Vernehmen nach sollen "Prüfungsmodalitäten für die Qualifikation von Lehrern" derzeit formuliert werden (ebd.). Damit wäre dann der Prozeß der Standardisierung der gesamten Lehrerausbildung im wesentlichen abgeschlossen. -st-

*(13)

Rückkehrerquote der Auslandsstudenten steigt jährlich um 13 Prozent

Neuesten chinesischen Angaben zufolge hat China seit 1978 nahezu 250.000 Studenten und Wissenschaftler zum Studium bzw. zur Weiterbildung ins Ausland geschickt (vgl. GMRB, 15.12.95, S.1). Noch 1990 war die Zahl mit 80.000 angegeben worden (vgl. C.a., 1990/7, Ü 17). Vorausgesetzt, die Erhebungsmethode war 1995 die gleiche wie fünf Jahre zuvor, bedeutet dies einen nie dagewesenen Zuwachs an Auslandsstudenten innerhalb der letzten fünf Jahre. Bislang stellte die Rückkehrerquote immer ein großes Problem dar, weil die Mehrzahl der Auslandsstudenten es vorzog, im Ausland zu bleiben. Hier scheint sich eine Trendwende anzubahnen, will man den chinesischen Verlautbarungen Glauben schenken, daß "in den letzten Jahren" die Zahl der Rückkehrer jährlich um 13 Prozent gestiegen sei. Gut 100.000 "Studenten" (*liuxue*, also im Ausland weilende Studenten und Wissenschaftler) sollen sich derzeit im Ausland befinden (ebd.). In der Meldung wird das Ansteigen der Rückkehrerzahl begrüßt; nie zuvor sei die Situation für die Rückkehrer in China so gut gewesen. Der Trend wird zum einen auf die stabile Lage in China, zum anderen auf die Politik der Anreize für die Rückkehrer zurückgeführt.

Tatsächlich bemüht sich die chinesische Regierung seit mehreren Jahren, die Bedingungen für zurückgekehrte Auslandsstudenten in China zu verbessern. In vielen großen Städten wie Beijing, Shanghai und Guangzhou wurden Dienstleistungszentren für die Rückkehrer eingerichtet, zu deren Aufgabe es vor allem gehört, Stellen zu vermitteln, in denen die im Ausland erworbenen Qualifikationen eingesetzt werden können. Die Zentren sind den Rückkehrern aber auch bei der Wohnungssuche und ähnlichen praktischen Problemen behilflich. Wie es scheint, wird die Unterstützung durch die Dienstleistungszentren von den Auslandsstudenten sehr geschätzt. Die meisten von ihnen erweisen sich in Lehre und Forschung, in der Entwicklung neuer Technologien und neuer Produkte, aber auch beim Kapitalimport und Technologietransfer für den Staat als nützlich. Viele gründen neuerdings Unternehmen; allein in Shanghai haben zurückgekehrte Auslandsstudenten schon mehr als 280 Unternehmen gegründet. Da diese Unternehmen im allgemeinen moderne technische Ausrüstung haben, das Personal gut qualifiziert ist und sie gut geführt werden, sind sie recht erfolgreich. Dennoch befinden sich diese Art von Betrieben noch im Anfangsstadium, sie müssen erst Erfahrungen sammeln und brauchen noch Unterstützung, heißt es. Aus diesem Grunde wurden jetzt für zurückkehrende Auslandsstudenten, die Unternehmen gründen wollen, die Dienstleistungen erweitert: Im Chinesischen Dienstleistungszentrum für Auslandsstudenten wurde ein Büro für Investitionen eingerichtet (ebd.), das Rückkehrern Kredite für Unternehmensgründungen vermittelt. Eine solche Abteilung, wie sie im nationalen Dienstleistungszentrum errichtet wurde, wird entsprechend auch in den lokalen Zentren eingerichtet werden.

Im Unterschied zu den achtziger Jahren haben sich die Bedingungen für Auslandsstudenten in China merklich verbessert. Von Seiten der Regierung werden die besonderen Qualifikationen der Auslandsstudenten geschätzt, und diese werden deshalb vielfach umworben. Die potentiellen Rückkehrer selbst scheinen ihre Chancen in der Heimat zunehmend positiv zu bewerten, zumal die beruflichen Aussichten in den westlichen Ländern immer schwieriger werden. -st-

*(14)

Vierzig Jahre Schriftreform

Am 25. Dezember 1995 wurde in Beijing auf einer Veranstaltung in der Großen Halle des Volkes der vor vierzig Jahren offiziell ins Leben gerufenen Schriftreform und Standardisierung des Chinesischen gedacht. Von Partei- und Regierungsseite hielt der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing eine Rede, in der er die Schriftreform und Sprachpolitik der vergangenen vier Jahrzehnte würdigte und die Schwerpunkte für die künftige Arbeit nannte (RMRB, GMRB, 26.12.95). Die *Volkszeitung* erinnerte in einem Leitartikel an das Jubiläum (25.12.95). Li Lanqing betonte die Bedeutung der Schrift- und Sprachreform für die kulturelle, politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die Reform habe sich drei Hauptaufgaben gestellt: die Vereinfachung der Schriftzeichen, die Verbreitung des Hochchinesischen (*putonghua*) und die Einführung der phonetischen Pinyin-Umschrift. Er hob insbesondere die Vereinfachung der Schriftzeichen hervor, die eine positive Rolle im Kampf gegen das Analphabetentum und für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht gespielt habe. Heute hätten sich die Kurzzeichen im ganzen Land durchgesetzt und würden selbst im Ausland anerkannt. So würden beispielsweise in chinesischsprachigen Dokumenten der Vereinten Nationen die standardisierten Kurzzeichen verwendet. In gleicher Weise sei das Hochchinesische heute im ganzen Land in Verwaltung und Gewerbe Verkehrssprache, seine Verbreitung sei sogar in die Verfassung aufgenommen. Der Gebrauch des Hochchinesischen fördere nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung und die Einheit der Nation, sondern auch den internationalen Austausch. Was schließlich den "Plan für das Hanyu pinyin" angehe, so helfe die Umschrift beim Lernen der Schriftzeichen und bei der Verbreitung der Hochsprache; außerdem sei sie im Informationswesen unentbehrlich und für die Umschreibung chinesischer Namen zur internationalen Norm geworden. Die Sprach- und Schriftarbeit, so eine von Lis Kernaussagen, sei heute ein unverzichtbarer Bestandteil der Modernisierung des Landes.

Freilich konnte Li Lanqing nicht umhin, auch die aus offizieller Sicht negativen Entwicklungen in bezug auf den Sprach- und Schriftgebrauch zu kritisie-

ren, so vor allem im Mündlichen den zunehmenden Gebrauch von Dialekten und die unzureichende Verbreitung der Hochsprache sowie im Schriftlichen die zunehmende Verwendung von Langzeichen und nicht standardisierten oder gar falschen Schriftzeichen. Unter Berufung auf Jiang Zemin's diesbezügliche Weisungen vom Dezember 1992 (vgl. C.a., 1992/12, Ü 17) forderte Li Lanqing, an der staatlichen Sprach- und Schriftpolitik festzuhalten, vor allem am allgemeinen Gebrauch der Kurzzeichen. Jedes Druckerzeugnis habe diese zu verwenden. Weiter bestätigte er die Politik, an der gegenwärtigen Praxis des Gebrauchs unterschiedlicher Schriftzeichen auf Taiwan und auf dem Festland (Langzeichen auf Taiwan, Kurzzeichen auf dem Festland) festzuhalten. Und ebenso wie seinerzeit Jiang Zemin läßt er Langzeichen in der Kunst, also in der Kalligraphie, gelten.

Die Schwerpunkte der künftigen Arbeit sieht Li Lanqing zum einen in der weiteren Verbreitung der Hochsprache. Dabei sollen Dialekte zwar nicht verboten, ihr Gebrauch soll jedoch eingeschränkt werden. Vor allem im Schulwesen, in Partei- und Regierungsorganen, in Verkehr, Post, Handel und Tourismus soll Hochchinesisch gesprochen werden, in Rundfunk und Fernsehen auf Provinzebene hauptsächlich Hochchinesisch. Zum anderen sollen die Kurzzeichen zur allgemeinen Norm erhoben werden, und es sollen weitere Anstrengungen zu ihrer Standardisierung unternommen werden, dies vor allem im Hinblick auf die elektronische Datenverarbeitung. Zur Intensivierung der Sprach- und Schriftarbeit seien Propaganda und Erziehung nötig, hier seien die Kommission für Sprach- und Schriftarbeit, die Behörden und örtlichen Regierungen sowie die Schulen gefordert.

Die Rede Li Lanqings bedeutet eine Bestätigung der Sprach- und Schriftpolitik, wie sie im Dezember 1992 nicht nur von Jiang Zemin, sondern auch in einem offiziellen Bericht der Staatlichen Kommission für Sprach- und Schriftarbeit festgelegt worden war (vgl. C.a. 1992/12, Ü 16), das heißt, es geht um die Konsolidierung der oben genannten Schwerpunkte. Von Sprach- und Schriftreform ist schon lange keine Rede mehr. Vielmehr versuchen Partei und Regierung die Sprach- und Schriftpolitik für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Zwar kann kein Zweifel beste-

hen, daß eine einheitliche Sprache und Schrift die Kommunikation innerhalb des Landes erleichtern und auch der Modernisierung förderlich sind, aber ebensowenig ist zu leugnen, daß Beijing die Hochsprache als Bestandteil seiner Einheitsideologie einsetzt. Die Einheit der Nation soll durch eine Einheitssprache unterstrichen werden. -st-

*(15)

Neues Lehrbuch über traditionelle Ethik

Im Dezember 1995 ist im Verlag der Volksuniversität ein Buch mit dem Titel "Chinas traditionelle Ethik" (*Zhongguo chuantong daode*) erschienen. Das Buch ist von der politischen Führung ausserkoren worden, für den Ethikunterricht an Grund- und Mittelschulen als Lehrbuch zu dienen. Sowohl Generalsekretär Jiang Zemin als auch Ministerpräsident Li Peng verfaßten Widmungen für das Werk. Nach den Worten des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Lanqing soll das Buch der Jugend die traditionelle chinesische Ethik nahebringen. Das Projekt war ursprünglich von Li Lanqing vorgeschlagen worden, die Staatliche Bildungskommission hat es dann realisiert. Die Autoren, alle Spezialisten für chinesische Ethik- und Philosophiegeschichte, kamen aus verschiedenen Universitäten und Forschungsinstituten des ganzen Landes. Die Arbeit an dem Werk, das 5 Bände mit insgesamt 2,3 Mio. Schriftzeichen umfaßt, dauerte zweieinhalb Jahre. Das Buch enthält eine Auswahl alter Texte zur Ethik, die von den Anfängen der chinesischen Geschichte bis zum Beginn des 20. Jh. reichen. Es wurde auch eine gekürzte einbändige Ausgabe speziell für den Schulgebrauch aufgelegt. (RMRB, 22.12.95; s.a. XNA, 22.12.95)

In seiner Rede anlässlich des Erscheinens dieses Werkes wies Li Lanqing darauf hin, daß die alte Generation proletarischer Revolutionäre die "hervorragende traditionelle Kultur" Chinas schon immer geschätzt habe, wobei er gleichsam zur Legitimation und Vortäuschung einer ungebrochenen Kontinuität - namentlich Mao Zedong und Deng Xiaoping nebeneinander erwähnte. Vor allem aber sei es Jiang Zemin gewesen, der in vielen Weisungen zum Ausdruck gebracht habe, für wie wichtig er die Übernahme und Weiterentwicklung der "hervorragenden traditionellen Kultur des chinesischen Altertums" halte. Entsprechend hätten ZK und Staatsrat in zahllosen Dokumenten, insbesondere in

bezug auf das Bildungswesen, die Bedeutung der traditionellen Ethik herausgestellt. Er fügte auch hinzu, welchen Nutzen sich Partei und Regierung von der Propagierung der traditionellen Ethik versprechen: Es gebe gegenwärtig in der allgemeinen gesellschaftlichen Moral Probleme, die teilweise sehr ernst seien, wie z.B. die Mißachtung der gesellschaftlichen Funktion der Moral, der Niedergang von öffentlicher Moral und zivilisiertem Benehmen, Korruption und Betrug usw. Um diese Probleme zu lösen, bedürfe es natürlich umfassender Maßnahmen, "aber die Verbreitung der hervorragenden traditionellen Ethik und die Entfaltung der Nützlichkeit (*xiaoyong*) der ethischen Weisheit, die unsere Vorfahren seit Jahrtausenden angesammelt und weitergegeben haben, kann bei der Verbesserung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Moral relativ offensichtlich eine positive Rolle spielen. Die Verbreitung der hervorragenden traditionellen Ethik wird mit Sicherheit unsere sozialistische Moral noch reicher an nationalen Charakteristika machen und mit ihr [d.h. der traditionellen Ethik] können sich die breiten Massen leichter identifizieren." Schließlich betonte der stellvertretende Ministerpräsident noch, daß es darauf ankomme, insbesondere die Jugend, und zwar von Kindheit an, in der traditionellen Ethik zu unterweisen, damit die guten traditionellen Tugenden von klein auf positiv auf die Jugendlichen einwirken können. (RMRB, 22.12.95, S.4)

Mit der Veröffentlichung dieses Werkes über die traditionelle chinesische Ethik, die im wesentlichen die konfuzianische Ethik umfaßt, hat diese eine bemerkenswerte Aufwertung erfahren, denn in die Form eines nationalen Lehrbuchs für den Schulunterricht gekleidet, wird sie nun zum Pflichtstoff in allen Grund- und Mittelschulklassen. Die traditionelle Ethik hat seit den achtziger Jahren zunehmend Eingang in den Schulunterricht gefunden, allerdings nur partiell, weil nach wie vor die sozialistische Ethik der Revolutionszeit (wie z.B. Kollektivismus, Hingabe an den Staat, Unterordnung unter die KP) hochgehalten wurde und wird. Daß jetzt stärker denn je in der Volksrepublik auf die traditionellen Tugenden zurückgegriffen wird, verdeutlicht im Grunde die unzureichende Verinnerlichung der sozialistischen Moral durch die Bevölkerung, vor allem aber die Tatsache, daß die sozialistischen Werte nicht mehr zu einer sich modernisierenden Gesellschaft passen. Ob die traditionelle Ethik besser

geeignet ist, als moralische Grundlage für die Modernisierung zu dienen, muß dahingestellt bleiben. Die chinesische Führung jedenfalls vertritt diese Auffassung und verweist auf andere ostasiatische Gesellschaften, wie z.B. Singapur, die angeblich eine erfolgreiche Symbiose zwischen konfuzianischem Wertesystem und moderner Gesellschaft eingegangen sind. Hinter dieser Auffassung verbergen sich der Glaube an eigene nationale Werte und die Ablehnung universaler Werte. -st-

Außenwirtschaft

*(16)

Außenhandelsentwicklung 1995

Auch 1995 war die Entwicklung des Außenhandels für China sehr erfolgreich. Nach ersten Angaben der Zollbehörden stieg das gesamte Außenhandelsvolumen um 18,6% auf 280,85 Mrd. US\$. Die Exporte beliefen sich auf 148,77 Mrd. US\$ und erhöhten sich damit im Vergleich zu 1994 um 22,9%; die Importe stiegen um 14,2% auf 132,08 Mrd. US\$. Der Außenhandelsüberschuß betrug 1995 16,69 Mrd. US\$.

Unternehmen mit Auslandskapital trugen zum gesamten Außenhandel 109,82 Mrd. US\$ bei (+25,3% gegenüber 1994). Damit erhöhte sich der Beitrag dieser Unternehmen zum Außenhandel von 37% im Jahre 1994 auf 39,1% im Jahre 1995.

Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 57,48 Mrd. US\$ (+19,9%) war Japan 1995 der wichtigste Handelspartner für China; Hongkong, die USA, die Europäische Union, die ASEAN, Taiwan und Südkorea folgten auf der Rangskala der bedeutendsten Partnerländer.

Die Exportgüterstruktur veränderte sich insoweit als sich der Anteil der Industriegüter von 83,7% im Jahre 1994 auf 85,6% im Jahre 1995 erhöhte. Von besonderer Bedeutung waren hierbei Elektronikprodukte mit einem Exportwert von 43,86 Mrd. US\$. (RMRB, 13.1.96) -schü-